

## Medienmitteilung

|                |   |
|----------------|---|
| <b>Thema</b>   | <b>Abstimmungsparolen der Grünliberalen Partei des Kantons St.Gallen zu den Abstimmungsvorlagen vom 13.2.2011</b>   |
| Für Rückfragen | Martin Wicki, Co-Präsident glp Kanton St.Gallen<br>Mobile +41 78 748 79 82; <a href="mailto:martin.wicki@glp-sg.ch">martin.wicki@glp-sg.ch</a>  |
| Absender       | Grünliberale Partei (glp) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen<br>Telefon +41 78 748 79 82<br>eMail <a href="mailto:info@glp-sg.ch">info@glp-sg.ch</a> , <a href="http://www.glp-sg.ch">www.glp-sg.ch</a> |
| Datum          | 01.02.2011  |

### **JA der Grünliberalen des Kantons St.Gallen zur eidgenössischen und zu den beiden kantonalen Abstimmungsvorlagen**

**Die glp des Kantons St. Gallen hat an ihrer ausserordentlichen Mitgliederversammlung die Ja-Parole zur „Waffeninitiative“, zur „Freien Schulwahl auf der Oberstufe“ und zum „Gesetz über die Pflegefinanzierung“ beschlossen.**

#### JA zur Initiative „für den Schutz vor Waffengewalt“

Die glp des Kantons St.Gallen unterstützt die Waffeninitiative klar. Die glp erachtet die Tatsache, dass heute nur der Erwerb von Waffen kantonal registriert wird, als nicht ausreichend. Mit der Initiative würde auch der Besitz registriert und dies zentral auf Bundesebene.

Den durch die Initiative zu erwartenden Mehraufwand für Schützen und Jäger erachtet die glp als vertretbar. Diese müssten bei Annahme der Initiative in Zukunft einen Nachweis für den Bedarf einer Schusswaffe erbringen. Auch das Obligatorische sieht die glp nicht in Gefahr. Hier sind neue Vorgehensweisen und auch Kreativität gefordert.

Die aus der Initiative erwachsenden Vorteile sind aus Sicht der glp höher zu gewichten. Die Anzahl Suizide und Tötungsdelikte durch den Einsatz von Schusswaffen im Affekt könnte reduziert werden.

#### JA zur Initiative „freie Schulwahl auf der Oberstufe“

Die glp des Kantons St.Gallen sieht in der freien Schulwahl für die Oberstufe eine Chance, dass auf diese Weise, die im Kanton St. Gallen bereits inoffiziell in verschiedenen Gemeinden und Varianten praktizierten Formen der freien Schulwahl auf der Oberstufe gesetzlich verankert würden. Die glp ist überzeugt, dass mit der Annahme der Initiative die Bildungsvielfalt und die Elternrechte gestärkt werden. Zudem sollen nicht nur Kinder von privilegierten Familien ihre Schule wählen können.

#### JA zum „Gesetz über die Pflegefinanzierung“

Die glp des Kantons St. Gallen empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Sie begrüsst insbesondere die vorgesehene finanzielle Entlastung von schwer Pflegebedürftigen durch die Limitierung der Beitragspflicht. Ebenfalls befürwortet die glp die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Kosten für die ambulante und stationäre Pflege, die neu im Gesetz vorgesehen ist. Dem grünliberalen Grundsatz der Eigenverantwortung entspricht es, dass die Versicherten bei der ambulanten Pflege im Vergleich zur stationären Pflege einen geringeren Kostenanteil übernehmen müssen. Mit dem neuen Gesetz wird eine solide und tragfähige Grundlage für die zukünftige Finanzierung der Krankenpflege im Kanton geschaffen.